

Gesellschaftsordnung, Intellektuelle und Veränderung. Ein Essay*

Barbara Blaha

Voraussetzung für einen Kurswechsel für ein gutes Leben ist nicht die Änderung der einen oder anderen politischen Maßnahme, sondern setzt einen umfassenderen Sinneswandel in der Gesellschaft voraus. In Folge werde ich mich daher auf zwei zentrale Aspekte fokussieren: Die Gesellschaftsordnung, in der wir leben, und unsere Rolle als Intellektuelle in ihr.

Die nicht nachhaltige „Zähmung der Bestie“

Im Unterschied zum real existierenden Sozialismus gibt es im Kapitalismus keine Kluft zwischen Theorie und Praxis. Der Kapitalismus als System bringt genau das hervor, was seine Hohepriester prognostiziert haben. Bei Adam Smith finden wir, frei von jeder Sozialdemagogie, in berückender Klarheit, worum es im Kapitalismus geht wenn er schreibt (frei übersetzt von Smith 1999: 298):

„Wo immer es großen Reichtum gibt, gibt es große Ungleichheit. Für einen Reichen muss es mindestens fünfhundert Arme geben, der Überfluss der Wenigen *bedarf* des Elends der vielen. Der Reichtum der Besitzenden erregt die Empörung der Armen, die nach seinem Besitz trachten, getrieben von beidem, Not und Neid. Nur unter dem Schutz des Staates kann der Besitzer eines solchen großen Vermögens auch nur eine einzige Nacht in Frieden schlafen.“

Smith ist auch schon gut dreihundert Jahre tot, aber an der Richtigkeit seiner Analyse hat sich grundsätzlich nichts geändert, wie erst jüngst die umfassende Studie von Thomas Piketty (2014) einmal mehr nachgewiesen hat. Reichtum entsteht nicht im luftleeren Raum. Was die einen besitzen fehlt den anderen. Großer Reichtum bedingt zwangsläufig große Armut. Es ist interessant, wie beharrlich sich lange Zeit auch viele Linke dieser so einfachen wie offensichtlichen Einsicht verschlossen haben und es statt dessen vorzogen einen historischen Ausnahmezustand, das Nachkriegseuropa der 60er und 70er Jahre, isoliert zu betrachten und es zu einem – noch dazu reichlich glorifizierten – kapitalistischen Normalzustand zu erklären. Lassen wir den größten Krieg der Menschheitsgeschichte als notwendige Vorbedingung einmal ebenso außer Acht wie den Umstand, dass die „Zähmung der Bestie“ offenkundig nicht recht nachhaltig war.

Immerhin könnten wir dann feststellen: ja, die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums war in den 1970ern egalitärer als heute. Aber: sie war deshalb keineswegs gleich. Die Parole „alle könnten es schaffen, wenn sie sich nur ausreichend anstrengten“ stimmte im Nachkriegsboom fast genauso wenig wie heute. Wenn wir über die 70er sprechen sollten wir aufhören, alles in lichten Farben zu malen und sie nüchtern als das sehen, was sie waren: Eine kurze Phase enormen Wachstums und vorübergehender erfolgreicher Umverteilung. Und, ganz besonders: eine Ära von zentraler Bedeutung für die kulturelle Hegemonie des Kapitalismus. Indem die Wirtschaftswunderjahre scheinbar bewiesen haben was im Kapitalismus möglich ist, hat sich besonders in den Köpfen von Menschen, denen damals ein sozialer Aufstieg gelang oder die vom sozialen Aufstieg ihrer Eltern in dieser

* Diesem Essay liegt der Vortrag der Abschlussveranstaltung der Reihe „Die Zukunft Europas: Kurswechsel für ein gutes Leben“ vom 5. Mai 2014 zugrunde.

Zeit profitierten, die Vorstellung festgesetzt, dass es vielleicht doch möglich wäre, den Kapitalismus zum Vorteil aller zu domestizieren.

Eines kann man der gegenwärtigen Krise zugutehalten: Mit dieser Illusion räumt sie gerade gründlich auf. Nicht erst mit der bislang unzureichenden Bankenunion, der nach wie vor unzureichenden gesetzlichen Regulierungen des Finanzsektors nach dem Crash von 2008 und fallweiser neuer Blasenbildung ist die Hoffnung auf eine freiwillige Besinnung der Akteure völlig utopisch. Gerade die immanente Krisenanfälligkeit ist ja ein zentrales Charakteristikum dieser Gesellschaftsordnung. Das schließt drei Folgerungen mit ein:

Erstens ist die Vorstellung, Kapitalismus funktioniere ohne immer neue Sphären der Kapitalverwertung – also ohne Wachstum – lebensfremd. Ebenso lebensfremd ist der Glaube, innerhalb des Kapitalismus könne sich der Umweltschutz als Geschäftsprinzip von selbst durchsetzen: Stichwort „green capitalism“. Das System nimmt von sich aus auf keine Ressource – sei es die Arbeitskraft, sei es die Umwelt – Rücksicht. Nicht aus Dummheit, sondern vor dem Hintergrund einer Verwertungslogik, in der Profit und ökonomische Macht immer mehr zählen, ja: mehr zählen müssen als Gemeinschaftsinteressen.

Zweitens ist die Annahme verkehrt, der Kapitalismus werde an seinen eigenen Widersprüchen zugrunde gehen und damit von selbst den Weg frei machen in eine neue, bessere Zukunft: es ist wahr, Krisen ungeheuren Ausmaßes sind notwendige Bestandteile der herrschenden Gesellschaftsordnung. Aber zugleich hat der Kapitalismus schon mehrfach seine ungeheure Wandlungsfähigkeit unter Beweis gestellt. Auf die Krise folgte bisher noch immer eine Lösung – wenn auch um einen ungeheuren Preis.

Drittens heißt es Abschied nehmen vom Gedanken, dass Kapitalismus und Demokratie einander bedingten. Diese Vorstellung hat sich hierzulande etabliert, obwohl vor 80 Jahren die letzte veritable Wirtschaftskrise durch die Errichtung einer Diktatur abgelöst wurde. Es ließe sich einwenden, dass im Unterschied zur Zwischenkriegszeit die Demokratie wenigstens in unseren Breiten als gesellschaftliches Ordnungsprinzip inzwischen allgemein anerkannt ist. Tatsächlich nützt die Mehrheit ihre Macht aber offensichtlich nicht, um ihre Lebensbedingungen zu verbessern. Die Befürchtung, dass sie das tatsächlich tun könnte, plagt die Reichen seit Beginn der demokratischen Entwicklung. Wer meint, sie hätten sich bislang eben umsonst gefürchtet, irrt: sie sind nicht untätig gewesen, sie sind am Ball geblieben. Weite Teile des gesellschaftlichen Lebens haben sie von vornherein vom demokratischen Prinzip ausgenommen. Die Gleichheit des Menschen endet bis heute am Werkstor. Die Verfassungen fast aller Staaten beinhalten den Eigentumsvorbehalt: Privatbesitz als Menschenrecht, das durch demokratische Verfahren möglichst nicht berührt zu werden hat.

Über den Umweg der europäischen Union wurde die Entdemokratisierung in den letzten Jahren kräftig vorangetrieben, sei es nun durch die neoliberalen Maastricht-Kriterien, durch den Fiskalpakt oder zukünftig vielleicht durch Wettbewerbspakte (Oberndorfer 2013). Und da sprechen wir noch gar nicht von der zutiefst undemokratischen Behandlung der „Krisenstaaten“ im Umweg europäischer „Finanzhilfen“: In den Staaten, an denen die Krise aller rein sprachlich fest gemacht wird indem man sie und nur sie als Krisenstaaten bezeichnet, in diesen Staaten ist ein groß angelegter Laborversuch im Gange, wie weit sich Demokratie reduzieren lässt, während man gleichzeitig Armut und Perspektivenlosigkeit züchtet, ohne dass sich Menschen wehren. Obwohl diese „marktkonforme Demokratie“ von der Frau Merkel sprach, wahrlich zum Fürchten ist, stockt nach wie vor der Widerstand. Wie die meisten Mitgliedsstaaten blieb auch das europäische Parlament konservativ-wirtschaftsliberal dominiert.

Gesellschaftliche Grundsäulen geraten ins Wanken

Die Idee einer egalitären, in der Mittelschicht zentrierten Gesellschaft ist ins Rutschen geraten. Die gesellschaftlichen Stärkeverhältnisse haben also wieder an Kontur gewonnen, und längst geht es nicht nur um ein Lumpenproletariat einiger weniger schlecht ausgebildeter. Ökonomische Unsicherheit und Angst sind auch einige Stufen weiter oben auf der Bildungsleiter angekommen. Das manifestiert sich im Phänomen der „educated poor“, junger gut ausgebildeter Menschen, für die der ökonomische „Fortschritt“ Hoffnungen und Lebenspläne in unerreichbare Utopien verwandelt hat, wie Stephan Hebel (2011) treffend beschreibt: „den Plan, mit einer guten Ausbildung einen auskömmlichen Job zu finden und vielleicht eine Familie zu gründen; die Hoffnung, nicht irgendwann wesentlich ärmer alt werden zu müssen als die eigenen Eltern; den Wunsch, sein Leben nicht im Luxus, aber wenigstens in einer eigenen kleinen Wohnung gestalten zu können.“

Ungleichheit wächst dieser Tage allerdings nicht nur in ökonomischer Hinsicht. Information und Wissen sind ebenfalls ungleich verteilt: Welche wirtschaftspolitischen Maßnahmen warum getroffen werden – und wem sie am Ende des Tages tatsächlich nützen – ist für die Mehrheit der Menschen kaum noch nachzuvollziehen. Was übrig bleibt im medialen Dauerfeuer, sind die Durchhalteparolen. „Wir müssen nun alle den Gürtel enger schnallen“, uns stehen „harte Zeiten bevor“. Zähne zusammen beißen, Kopf einziehen. Dulden und Durchhalten. Wo aber, um Jens Jessen (2011) zu zitieren, „stumme Duldung die einzig empfohlene politische Haltung bleibt, hat sich das Politische tatsächlich verflüchtigt und keine demokratische Adresse mehr“. Wenn ein so bestimmender Bereich wie die Wirtschaft der politischen Gestaltungskraft nachhaltig entzogen wird, da wird dann auch Demokratie sinnlos. Was bleibt, ist ein Unbehagen mit dem, was jetzt ist. Jeder Dritte glaubt nicht mehr daran, dass die Politik in der Lage ist, Probleme zu lösen, beinahe jeder Zweite stellt die repräsentative Demokratie in Frage, wie 2011 Zahlen für Deutschland belegten (Embacher 2011). Das kann man den Leuten nicht einmal verdenken: Wo Politik nur noch darin besteht, das scheinbar Unvermeidliche zu exekutieren, macht Debatte – und damit auch die parlamentarische Demokratie – ja keinen Sinn mehr. Das bloße Exekutieren kann wohl tatsächlich der sprichwörtliche „starker Mann“ besser.

Doch genau hier müssen wir einhaken: Es gibt schlicht keine Situation ohne Alternativen. Genau hier beginnt jede Politik. Sozialdemokratische noch Grüne Parteien grenzen sich von der Ist-Situation noch nicht nachhaltig ab. Ihre alternativen Visionen weichen mittlerweile zunehmend einem „mit uns wird alles nicht ganz so schlimm wie mit den anderen“. Diejenigen, die Widerstand organisieren könnten, versagen vorerst weitgehend – und unterterminieren, ob sie sich dessen bewusst sind oder nicht, mittelfristig ihre eigene Glaubwürdigkeit. Andererseits ist es aber ist nicht damit getan, mit dem Finger auf andere zu zeigen.

Viel ist dieser Tage von der Alternativlosigkeit die Rede. Dass dem nicht widersprochen wird ist die denkbar höchstentwickelte Form von Herrschaft. Die wahre Dominanz besteht nicht darin, dass sich niemand wehrt. Sondern darin, dass sich die Menschen für so machtlos halten, dass ihnen schon der Gedanke sich aufzulehnen, an den Verhältnissen auch nur zu rütteln, absurd erscheint.

Die Mitverantwortung der Intellektuellen

Ein gerütteltes Maß der Verantwortung dafür, dass es so weit gekommen ist, tragen wir: Die sogenannten Intellektuellen, nach Gramsci also diejenigen, denen gesellschaftlich zu-

gebilligt wird intellektuell zu sein. Gut Gebildete spielen in jedem einigermaßen entwickelten Herrschaftssystem eine verhängnisvolle Rolle. Meistens waren und sind gerade sie, die doch am ehesten über das geistige Rüstzeug zur Befreiung des Menschen verfügen, die erbittertsten Gegner jeder Demokratisierung.

Bis zu einem gewissen Grad ist das naheliegend. Die akademische Elite ist relativ geschlossen. Zugleich verdanken die Gebildeten den Mächtigen ihre Privilegien, ihr verhältnismäßig komfortables Leben. Und vergessen gerne und rasch, dass ihre auskömmlichen Positionen weniger Produkt ihres Könnens als ihrer sozialen Herkunft und vor allem ihres Wohlverhaltens sind.

Die Elitenforschung spricht hier von Leistungssillusion: unabhängig davon, wie eine bestimmte gesellschaftliche Position erreicht wurde, wird sie retrospektiv jedenfalls auf die eigenen Fähigkeiten zurück geführt. Umgekehrt führt das zu einem Abwehrreflex gegenüber den Nachkommenden und zu einer geradezu liebesdienerischen Identifikation mit denen, die einen höheren sozialen Rang bekleiden. Das konforme Verhalten der Gebildeten rechnet nicht einfach nur auf Belohnung. Es verschafft die Illusion von Macht. Endgültig ins Kraut schießt der Dünkel, wenn es gelingt, den eigenen Expertenstatus zu versilbern, indem man tatsächlich unter dem Tisch der Macht zu sitzen kommt und ein paar der herabfallenden Krumen aufammelt. Wenn man Personalchef wird. Oder Pensionsexperte.

Der Gedanke, dass das niedere, ungebildete Volk in ihre Sphäre eindringen könnte war und ist vielen Intellektuellen ein Graus, wie etwa auch die Debatte um den freien Hochschulzugang illustriert. Die vorgebliche Avantgarde entwickelte also Abgrenzungsstrategien. Viele Versatzstücke aus diesem Depot der elitären Selbstbehauptung sind noch heute im Gebrauch. Von der Sprache, die absichtlich so komplex ist, dass der eigentliche Inhalt kaum mehr zur Diskussion steht. Über zentrale gesellschaftliche Probleme, die wie weiße Elefanten im Raum stehen, beharrlich ignoriert werden und deshalb zum scheinbaren Naturgesetz werden. Bis hin zur vulgären, unverhohlenen Denunziation. Und siehe da: die kommt ganz vertraut daher.

Denken wir nur an den gerade unter Intellektuellen verbreiteten Vorhalt des Populismus. Auch in diesem Fall wird nicht der demagogische Gehalt einer bestimmten Position, nicht, dass etwa Fakten bewusst missverständlich dargelegt werden, kritisiert. Der Vorwurf besteht vielmehr darin, jemand der es besser wissen müsste (unausgesprochen also: ein Mitglied der Elite) schaue „dem Volk“ – vulgo „der Masse“ – aufs Maul. Eine üblere Denunziation der Demokratie und damit letztlich aller emanzipativen Ansätze lässt sich im Grunde gar nicht denken.

Zu den Anwürfen kommen diverse Täuschungsmanöver. Die beginnen damit so zu tun, als ob Demokratie nur auf Entscheidungsprozesse beschränkt sei und materielle Rechte gar nicht erst umfasse. Aber wer soziale Sicherungssysteme für die Mehrheit beseitigt statt ausbaut, wer der Mehrheit ihre ökonomische Existenz raubt statt ihren Wohlstand zu vermehren, handelt per se antidemokratisch. Und statt uns zu Komplizen zu machen wäre es unsere Aufgabe, darauf ausdrücklich hinzuweisen.

Wer den Ratschluss der Mehrheit als Ordnungsprinzip akzeptiert, kann das nur umfassend tun. Entweder es ist rational und dazu geeignet, die größte Zahl von Interessen zu befriedigen, oder es ist falsch. Die demokratische Verantwortung von Intellektuellen besteht darin, nach geeigneten Formen zu suchen, dieses Prinzip auf so vielen gesellschaftlichen Ebenen als möglich um- und durchzusetzen. Wer würde bestreiten, dass Visionen Intellektueller eine unglaubliche Macht im Positiven entfalten können? Aber Orientierung zu geben ist nicht das

Kerngeschäft der Intellektuellen, so gerne sie das auch hätten. Ihre weit weniger glamouröse Hauptaufgabe besteht darin, Vorgänge in Natur und Gesellschaft zu erforschen, um konzisere Entscheidungsgrundlagen zu schaffen. Die Entscheidung aber, die müssen alle treffen.

Fazit

Das Ziel eines umwelt- und menschenfreundlichen Kapitalismus ist wahrscheinlich nicht weniger utopisch als das einer tatsächlichen Wirtschaftsdemokratie. Wir müssen den Mut haben das auch auszusprechen und unsere Politik systematisch davon ableiten. In der aktuellen Krise müssten wir also nicht nur darüber streiten, ob man diese oder jene Bank in die Pleite schlitern lassen dürfe, sondern wir müssen offensiv darum bemüht sein, zentrale wirtschaftliche Machtzentren wieder in die Hand zu bekommen. Für die Sozialdemokratie hieße das etwa auch damit aufzuhören, so zu tun als bestünde soziale Gerechtigkeit primär in der Möglichkeit die Teilhabe am Konsum auszubauen. Wohlstand umfasst ebenso eine intakte Umwelt, gesundes Essen, öffentliche Mobilität. Der Umweltgedanke und die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit sind keine Gegensätze, sie bedingen einander.

Es bedarf eines ganz pragmatischen Radikalismus. Wir können nicht umhin anzuerkennen, dass am Ende das herrschende Wirtschaftssystem das Problem ist. Wer behauptet soziale Ungerechtigkeit beseitigen zu wollen, kann das letztlich nur durch eine Systemtransformation. Wir müssen uns, wie Keynes angeblich ironisch angemerkt hat, von der merkwürdigen Überzeugung, dass widerwärtige Menschen aus widerwärtigen Motiven irgendwie für das allgemeine Wohl sorgen werden, lösen. Intellektuelle müssen radikale PragmatikerInnen sein. Unsere Aufgabe besteht heute darin, der Lüge von der Alternativlosigkeit entgegen zu treten, die einem aus dem gesamten politischen Spektrum entgegenschallt. Es ist unsere Aufgabe aufzuzeigen, dass es natürlich auch in den bestehenden Grenzen unserer herrschenden Gesellschaftsordnung große Handlungsspielräume gibt.

Von unseren gewählten Vertreterinnen und Vertretern müssen wir mit aller Unnachlässigkeit einfordern, dass sie diese Handlungsspielräume auch voll ausschöpfen. Statt uns weiterhin mit unserem Stillschweigen zu heimlichen Komplizen zu machen, ist es unsere Aufgabe, auf all das ausdrücklich und lautstark hinzuweisen.

Literatur

- Embacher, Serge (2011) Einstellungen zur Demokratie. http://www.fes.de/BerlinerAkademiegespraechen/documents/SergeEmbacher_EinstellungenzurDemokratie_000.pdf (29.4.2014).
- Hebel, Stephan (2011) Gebildet, arm, protestierend. <http://www.fr-online.de/meinung/leitartikel-zu-den-occupy-demonstrationen-gebildet--arm--protestierend,1472602,11016334.html> (30.6.2014).
- Jessen, Jens (2011) Unterwegs zur Plutokratie. <http://www.zeit.de/2011/36/Finanzkrise-Demokratie> (29.4.2014).
- Oberndorfer, Lukas (2013) marktkonform statt rechtskonform – Merkels erneuter Versuch zur neoliberalen Dressur Europas durch Wettbewerbspakte, <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/marktkonform-statt-rechtskonform-merkels-erneuerter-versuch-zur-neoliberalen-dressur-europas-durch-wettbewerbspakte> (1.8.2014).
- Piketty, Thomas (2014) *Capital in the 21st century*. Cambridge: Harvard University Press.
- Smith, Adam (1999) [edited with an introduction and notes by Andrew Skinner] *wealth of nations*, Book IV-V, London: Penguin publisher.

Aktuelle Debatte:

Das EU-USA Abkommen „TTIP“: Wer profitiert?

Editorial

Oliver Prausmüller

Die Debatten über die Reformierbarkeit des neoliberal geprägten Integrationsmodus der Europäischen Union gewinnen mit dem EU-USA Abkommen „TTIP“ neue Brisanz. Seit dem Sommer 2013 steht die sog. „transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft“ offiziell in Verhandlung. Die öffentliche Kritik ist im Laufe der bisherigen Verhandlungsrunden (bislang sechs) stetig gewachsen – und damit auch der Druck, den Komplex aus verhandlungsführenden Exekutiven und unternehmenszentrierten Lobbynetzwerken demokratisch rückzubinden. Dazu kommt eine neu aufkeimende Debatte über die polit-ökonomische Verfasstheit der EU Handels- und Investitionsschutzpolitik. Erst mit „TTIP“ ist die öffentliche Wahrnehmungsschwelle für eine zentrale Verschiebung in diesem harten Kern der EU-Globalisierungspolitik überschritten worden: Nicht die Welthandelsorganisation, sondern ein Netz von Einzelabkommen mit EU-Drittstaaten soll die Durchsetzung einer neuen Etappe von Liberalisierungsvorhaben befördern. Die verstärkte Proliferation derartiger Abkommen ist nicht nur Ausdruck eines erodierten „multilateralen Konsens“ zur fortschreitenden Liberalisierung innerhalb der WTO. Die Auseinandersetzungen um „TTIP“ machen zudem deutlich, dass mit diesem Flaggschiffprojekt auch in der europäischen Politik ein starkes Interesse verbunden ist, die vorherrschenden, auf „innere Abwertung“ und wettbewerbsgetriebene Strukturanpassung zielenden Krisenstrategien institutionell und machtpolitisch noch besser abzusichern.

Werner Raza arbeitet in seinem Debattenbeitrag zunächst den Stellenwert des TTIP-Projekts für die europäische Außenwirtschaftspolitik und die Fallstricke der fortgesetzten exportorientierten Wirtschaftsstrategie „inner-“ und „außerhalb“ der EU heraus. Die hohe Tragweite der „WTO plus“ und „tiefen Integrations“-Agenda des TTIP wird zudem mit einem Überblick zentraler Verhandlungseinsätze zugänglich gemacht. Dessen Agenda zielt weniger auf den Abbau des in weiten Teilen bereits sehr niedrigen Zollniveaus zwischen den größten Handelsblöcken der Welt. Im Fokus stehen viel mehr so genannte „Handelshemmnisse hinter der Grenze“ und das Forcieren „regulatorischer Konvergenz“ im Bereich von Normen, Standards und gesetzlichen Auflagen. Die Brisanz von TTIP liegt hier nicht nur darin begründet, wie Bestimmungen zu u. a. Lebensmittelsicherheit, Gesundheit, Daseinsvorsorge, VerbraucherInnen-, Daten-, Umwelt- und ArbeitnehmerInnenenschutz im unmittelbaren Abkommen behandelt werden. Als „lebendes Abkommen“ soll es zudem institutionelle Mechanismen und Verfahren beinhalten, die auch nach dessen Inkrafttreten eine „effektive“ und „beschleunigte“ Bearbeitung bestehender sowie künftiger Regulierungsmaßnahmen ermöglichen sollen. Diese Vorhaben für eine „rollende“ TTIP-Agenda laufen Gefahr, die demokratischen Vorrechte der Parlamente bei der Bestimmung von Ausrichtung und Inhalt öffentlicher Regulierungen zusätzlich

zu untergraben (vgl. auch Soukup 2014). Zusammengenommen verdeutlicht der Beitrag, dass den zweifelhaften ökonomischen Effekten des TTIP eine Form der Verhandlungsführung gegenübersteht, die auf Kosten von Demokratie und öffentlichen Interessen geht. Pia Eberhardt nimmt hier in ihrem Beitrag unmittelbar die Debatte über das Ausmaß von Investorenrechten im TTIP auf. Vorerst sind die besonders umstrittenen Verhandlungen zur Verankerung von Investor-Staat-Sonderklagerechten im TTIP-Zusammenhang ausgesetzt – dies und der Umstand, dass die Europäische Kommission dazu eine öffentliche Konsultation durchgeführt hat, wird vielfach als Erfolg der bisherigen Proteste gewertet. Doch wie tragfähig ist dieser Befund? Und welche Lehren können für den weiteren Widerstand gegen das Abkommen gezogen werden? Für November dieses Jahres hat die Europäische Kommission ihre vollständige Auswertung und Antwort auf die Konsultation angekündigt. Umso mehr lohnt es sich, vor der nächsten Runde der Auseinandersetzung mit Eberhardts „Deutungsangebot in fünf Thesen“ eine weitergehende Einordnung vorzunehmen. Der Weg von These 1 „Der Widerstand gegen die Konzern-Klagerechte zeigt Früchte“ zu These 5 „Der TTIP-Widerstand braucht einen langen Atem und muss breiter werden“ führt gerade auch vor Augen, wie die Europäische Kommission den lancierten Reformdiskurs dazu nutzen will, das nicht nur im Rahmen von TTIP unter Druck stehende globale Rechtsregime zum Schutz ausländischer Investitionen zu re-legitimieren.

Die Frage „Ist eine andere EU möglich?“ führte zuletzt in diesem Debattenforum u. a. zum Befund, dass die EU-Institutionen und die Form der EU-Politikformulierung „gegen Druck von unten“ wirksam abgeschirmt sind und ihre Exekutivlastigkeit „große Kapitalgruppen, die auf EU-Ebene organisationsfähig sind und einen privilegierten Zugang zur Exekutive und deren Fachbürokratie haben“ begünstigt (Becker 2014: 92). Dazu trat die vorgeordnete Frage, ob das Beharrungsvermögen neoliberaler Wirtschaftspolitik „an unzureichender Veränderung der sie stützenden Kräfteverhältnisse“ liegt oder „ist die EU ein von den Kräfteverhältnissen verselbstständigtes Bollwerk einer konstitutionalisierten Agenda?“ (Weber 2004: 89). In der aktuellen Debatte um „TTIP“ setzen sich die Auseinandersetzungen um die vorherrschende Schiefelage integrationspolitischer Projekte auf erweiterter Stufenleiter fort. So zeigt sich nur in der EU, sondern auch im Regime des internationalen Wirtschaftsrechts eine bemerkenswerte Kontinuität einer konstitutionalistischen Agenda, die den Handlungsradius öffentlicher Politiken marktkonform limitiert und auf eine Disziplinierung demokratisch legitimierter Regulierungen zugunsten von offensiven Unternehmens- und Investoreninteressen zielt (Krajewski 2010; Gill/Cutler 2014). TTIP lässt sich hier als ein Kristallisationspunkt für den weiteren Werdegang dieser konstitutionalistischen Agenda verstehen. Dazu kommt ein markanter Testfall dafür, über welche Kapazitäten dieser Modus der EU-Politikformulierung zur demokratiepolitischen Immunisierung verfügt. Wie viele oder wenige Spuren wird die starke öffentliche Kritik am TTIP-Projekt hinterlassen? Lässt sich die Praxis aufrechterhalten, die Verhandlungsdokumente weiter als Verschlussache zu behandeln? Kommt es etwa zu einer Fokussierung auf die „niedriger hängenden Früchte“, wie das wirtschaftsliberale Cato-Institut (Ikenson 2013) empfiehlt, um die Verhandlungen mit einer Art „lose to win“-Strategie schrittweise zum Erfolg führen zu können? Wird die Kritik möglicherweise durch ein Aufsplitten in „single issues“, selektive Konsultationen und die gezielte Kooptierung von Einzelgruppen entkernt? Oder gelingt es gar, TTIP zum Ausgangspunkt für eine weitreichendere Diskussion über einen notwendigen Kurswechsel in der europäischen sowie globalen Handels- und Investitionsschutzpolitik zu machen?

Literatur

- Becker, Joachim (2014): Ist eine andere EU möglich?. In: Kurswechsel 1/2014, 92-96.
- Gill, Stephen/Cutler, A. Claire (2014, Hg.): New Constitutionalism and World Order, Cambridge.
- Ikenson, Daniel J. (2013): The Transatlantic Trade and Investment Partnership: A Roadmap for Success. In: Free Trade Bulletin Nr. 55, 1-4, http://object.cato.org/sites/cato.org/files/pubs/pdf/ftb_55.pdf (5.8.2014).
- Krajewski (2010): Neoliberalismus und Konstitutionalismus im Weltwirtschaftsrecht: Entstehung, Krisen, Alternativen. In: Kritische Justiz, 4/2010, 384-393.
- Soukup, Nikolai (2014): EU-USA-Handelsabkommen TTIP: Deregulierungsinteressen treffen auf ein „lebendes Abkommen“, <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/eu-usa-handelsabkommen-ttip-deregulierungsinteressen-treffen-auf-ein-lebendes-abkommen/> (5.8.2014).
- Weber, Beat (2014): Aktuelle Debatte: Ist die EU reformierbar? – Editorial. In: Kurswechsel 1/2014, 89-91.